

Reaktionen auf das Wahlprogramm von CDU/CSU in Polen

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Warschau, 1. August 2005

Positive Beachtung fanden die außenpolitischen Leitlinien des Wahlprogramms von CDU/CSU in Polen. Dagegen stieß die Befürwortung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ auf strikte Ablehnung. Lösungen für dieses bilaterale Problem müssen nach der Wahlkampfzeit gefunden werden. Jetzt gilt es, polnischen Befürchtungen mit Hinweis auf die Gestaltungsspielräume bei dem Projekt entgegenzutreten und die politischen Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen.

Das „Regierungsprogramm“ von CDU und CSU ist in Polen in Medien und Politik mit Interesse wahrgenommen worden. Dabei fanden insbesondere die Leitsätze über ein „fares Miteinander von größeren und kleineren Staaten in Europa“, zur Verbindung von „europäischer Einigung und atlantischer Partnerschaft“ sowie zur Russlandpolitik – „nicht über die Köpfe unserer Nachbarn hinweg“ - eine sehr positive Beachtung.

Wie zu erwarten war, wurde allerdings sofort kritisch bemerkt, dass das Wort „**Polen**“ - im Gegensatz zum anderen großen Nachbarn Frankreich – in dem Programm nicht vorkommt. Gleichzeitig wurden jedoch Äußerungen **Angela Merkels** zitiert, wonach Deutschland Polen als zweiten strategischen Partner neben Frankreich behandeln sollte. Sodann konzentrierte sich das veröffentlichte Interesse fast völlig auf das im Programm mit einem Satz befürwortete „**Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin**“, wobei das Thema in der eher konservativen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ (Rz) stärker kritisch angezogen, ansonsten aber – im Vergleich zu früheren öffentlichen Diskussionen – relativ nüchtern behandelt wurde. Dennoch geben Überschriften wie: „Christdemokraten verteidigen die Vertriebenen (Rz 12.7)“, „Das Zentrum beschädigt die deutsch-polnischen Beziehungen“ (Rz 18.7.), „Trennt Hitler uns er-

neut?“ (Newsweek 18.7.) die Stimmung wieder, die nach wie vor in Bezug auf dieses Thema vorherrschend ist. Bezweifelt wird, dass solch ein Zentrum wirklich „im Geiste der Versöhnung“ – wie es im Programm heißt – entstehen werde; befürchtet wird dass die Leiden der Deutschen an die erste Stelle träten, das Leid der Kriegsoffer verdrängten und die Geschichte von deutscher Seite verfälscht werde.

Die führenden Politiker sind sich über alle Parteigrenzen hinweg einig in der strikten Ablehnung dieses Projektes und äußern sich dementsprechend in den Medien. Der Präsidentschaftskandidat der sozial-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), **Lech Kaczyński**, gibt am 19. Juli in der Rz mit folgenden Worten den Ton an: Das Zentrum bleibe nicht ohne Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Es könne keine Rede von einer strategischen Partnerschaft innerhalb der EU sein. Man habe versucht, Polen davon zu überzeugen, dass Frau Steinbach eine unwichtige Politikerin sei, jetzt zeige sich dass sie die Unterstützung der ganzen CDU habe. PiS habe nie mit der CDU zusammengearbeitet. Das sollten auch andere Parteien tun.

Durch solche Äußerungen kann der bürgerliche Konkurrent und wahrscheinliche Koalitionspartner der PiS, die liberal-konservative Bürgerplattform (PO), die mit den deutschen Christdemokraten partnerschaftlich verbunden ist, öffentlich unter Druck geraten. Bei der PO will man das Thema möglichst niedrig hängen. So betonte der Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidat der PO, **Donald Tusk**, ebenfalls am 19. Juli in der Rz: Wenn es um die Zukunft gehe, hätten PO und CDU ähnliche Vorstellungen. Sehr wichtig sei jedoch auch das Verhältnis zur Vergangenheit. In Sachen Zentrum seien die Meinungen gegensätzlich. Hier wolle man auf eine europäische Stellungnahme zum Thema hinwirken. **Jan Rokita**, Fraktionsvorsitzender der PO und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, hatte bereits in seiner Rede in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 24. Mai von der großen Enttäuschung gesprochen über die geringe Bereitschaft der deutschen Partner, „die polnischen Argumente und Ansichten verstehen zu wollen“, und über die deutsche Neigung, „die polnischen Auffassungen als bloßen Ausdruck von Überempfindlichkeit abzutun“. Das Zentrumsprojekt sei seiner Ansicht nach „für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen nur schädlich. Es kann sogar zur Quelle einer völlig falschen Geschichtsauffassung werden.“

In einem offenen Brief des Vorsitzenden der neuen, aus der Freiheitsunion hervorgegangen und derzeit bei Umfragen mit unter 5 Prozent abgeschlagenen Demokratischen Partei, Frasiński, und deren Präsidentschaftskandidatin Bochniarz an Angela Merkel (Rz vom 25. Juli) wird das Zentrumsprojekt als „unangenehme Sache“ ebenfalls abgelehnt und die Erwartung geäußert, dass die CDU Vorsitzende stattdessen die polnischen Pläne eines Versöhnungszentrums in Breslau unterstützen werde.

Es mutet schon sehr eigenartig an, wenn den Befürwortern des Zentrums gegen Vertreibungen von polnischer Seite immer wieder unterstellt wird, die Geschichte neu schreiben und damit verfälschen zu wollen; wenn behauptet wird, konstruktiv könne man nur über eine Darstellung der Grausamkeit des Krieges und seiner Folgen sprechen, keinesfalls jedoch über eine Präsentation des an Deutschen verübten Unrechts und der Verantwortlichen dafür, und wenn schließlich auch noch erklärt wird, man müsse gemeinsam mit anderen europäischen Staaten „den Kampf um die Geschichte“ mit den Deutschen führen – so etwa der Präsidentschaftskandidat der polnischen Sozialdemokraten **Borowski** in der Rz vom 20. Juli. Gleichzeitig ist dies ein deutliches Zeichen dafür, was noch an Verständigung und Vertrauensbildung in der Gegenseitigen Wahrnehmung zu leisten ist, inwieweit tief sitzende Ängste und der Eindruck mangelhafter Wahrnehmung des polnischen Schicksals seitens der Deutschen in Polen noch virulent sind.

Um so mehr ist es hochzuschätzen, dass **Wojciech Pięciak**, Deutschlandexperte der angesehenen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ in einem ganzseitigen Gastbeitrag in der Rz vom 25. Juli den politischen Kommentar durchbricht und für eine neue Strategie betreffend des Streitfalls „Zentrum gegen Vertreibungen“ plädiert. Wenn sich die künftige Bundesregierung für den Bau eines solchen Zentrums entscheide, solle sich die neue polnische Regierung an den Arbeiten des Gründungsgremiums beteiligen und die polnischen Belange einbringen, schlägt Pięciak vor. Bisher fand dieser Vorstoß noch keine öffentliche Resonanz. Solange polnische Politiker – durch manche Stimmen in Deutschland bestärkt - glauben, dass Projekt durch Kritik und Kampf verhindern zu können oder im Wahlkampf damit punkten zu können, werden sie ihren strikten Obstruktionskurs beibehalten. Aber nach den Wahlen wird man, wenn entsprechende Daten gegeben sind, einen Modus vivendi in dieser Angelegenheit finden müssen und dabei die vorhandenen Gestaltungsspielräume nutzen können. In der Zwischenzeit scheint es klug zu sein, mit dem Hinweis auf entsprechende Gestaltungsspielräume bei der Verwirklichung eines Zentrums gegen Vertreibungen und dessen mögliche Einbettung in ein entsprechendes Netzwerk den Befürchtungen von polnischer Seite entgegenzutreten und der Frage nicht mehr Aufmerksamkeit als notwendig zukommen zu lassen. Verschiedene Äußerungen Angela Merkels in dieser Richtung wurden in der polnischen Presse zitiert. Für ernsthafte Lösungsvorschläge dieses bilateralen Problems ist in der Wahlkampfzeit kein Raum. Sie sind für die Zeit danach ins Auge zu fassen, damit das Zentrumsprojekt nicht die in der politischen Essenz positiven Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in beiden Ländern verstellt.